

GEÄNDERTE MACHTVERHÄLTNISSE NATIONALE WAHLEN STÄRKEN EU-WIRTSCHAFTSLOBBY

Von
Frank Ey

Vor kurzem haben in Dänemark, Slowenien, Bulgarien und Ungarn Wahlen stattgefunden. Damit verbunden ist eine neuerliche Änderung der Kräfteverhältnisse auf Ebene der Europäischen Staats- und Regierungschef:innen und auch bei den Fachminister:innen-Räten. Eine Partei dominiert in allen drei gesetzgebenden EU-Institutionen deutlich.

Welche Effekte die Wahlen auf nationaler Ebene für Europa haben

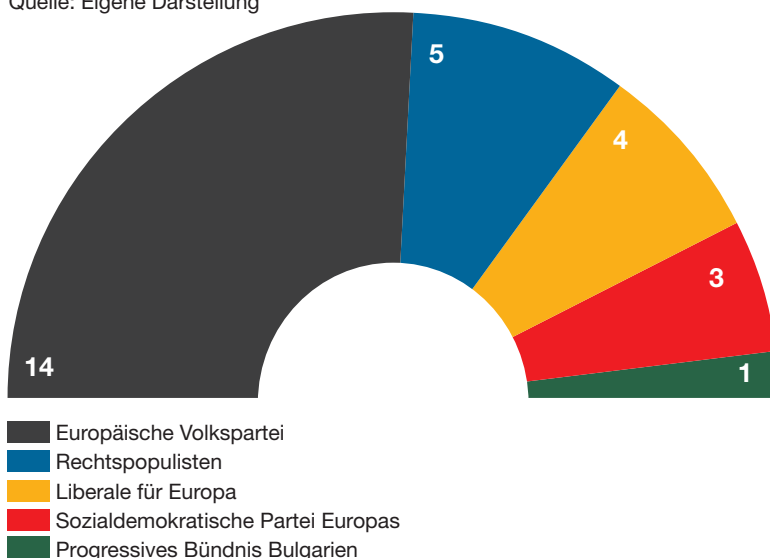
Die Parlamentswahlen in Ungarn haben auf EU-Ebene für ein Aufatmen gesorgt: Der bisherige Premierminister Viktor Orbán, der immer wieder Ratsentscheidungen blockiert und verzögert hat, wurde am 12. April 2026 abgewählt. Sein Konkurrent Peter Magyar errang eine Zweidrittel-Mehrheit. Die Erwartung der EU an die neue ungarische Regierung ist groß: Die demokratischen Grundprinzipien, die von der Orbán-Regierung jahrelang missachtet wurden, wie beispielsweise im Bereich der Justiz und der Medienfreiheit, sollen rasch wiederhergestellt werden. Diese Erwartungen dürften jüngsten Ankündigungen zufolge auch erfüllt werden.¹

Das Orbán-Regime ist Geschichte: Wie stark sich die Politik Ungarns nun tatsächlich verändern wird, bleibt abzuwarten.

Nicht zu vergessen ist allerdings, dass Magyar ursprünglich selbst aus der Orbán-Partei Fidesz kam und deshalb auch Vorbehalte angebracht sind. Als EU-Abgeordneter hat er beispielsweise erst kürzlich gegen den Ukraine-Hilfskredit gestimmt. Zudem hat er festgestellt, dass die bisherige Migrationspolitik so weiterlaufen solle wie bisher.² Mit Magyar kommt nun jedoch ein Premierminister aus dem konservativen Umfeld in der EU hinzu, während die Rechtspopulist:innen einen gewichtigen Politiker in dieser Position verlieren. Nicht vergessen werden darf jedoch, dass auch Orbán – bis zu seinem endgültigen Austritt 2021 – über viele Jahre hinweg in der Europäischen Volkspartei beheimatet war.

Zusammensetzung des Europäischen Rats per Juni 2026

Quelle: Eigene Darstellung



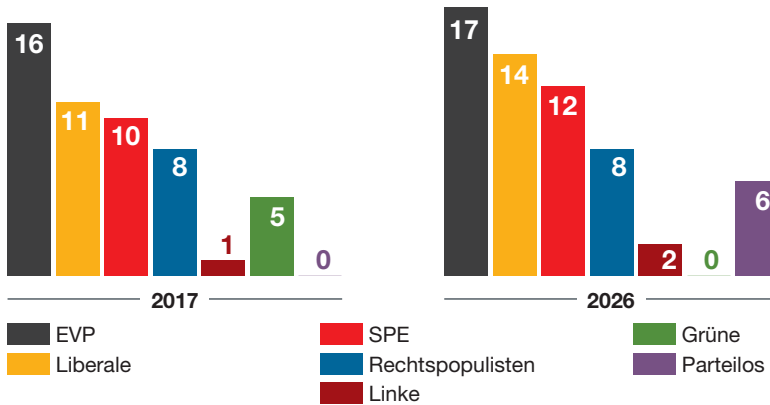
Anders sieht die Situation in Bulgarien aus: Der ehemalige bulgarische Präsident Rumen Radev hat die Wahl deutlich für sich entschieden. Mit seiner neu gegründeten Partei „Progressives Bulgarien“ erreichte er sogar die absolute Mehrheit. Nach fünf Wahlen innerhalb von acht Jahren könnte dies dem Land zunächst politische Stabilität verschaffen.

Allerdings gilt Radev als EU-kritisch und russlandfreundlich.³ Bei der Wahl erfolgreich war er unter anderem mit dem Versprechen, gegen Korruption vorzugehen. Hinsichtlich der Ukraine zeigte er sich skeptisch hinsichtlich von Waffenlieferungen an die Ukraine und Sanktionen gegen Russland, betonte aber gleichzeitig EU-Beschlüsse dazu

Geänderte Machtverhältnisse: Nationale Wahlen stärken EU-Wirtschaftslobby

Wie oft Parteien in Regierungen der EU-Länder vertreten sind

Quelle: Eigene Darstellung



In Slowenien bewegt sich das Pendel nach rechts.

nicht blockieren zu wollen.⁴ Sein Bündnis vereint politisch unterschiedliche Strömungen: Neben sozialdemokratischen Kräften gehören ihm auch Politiker:innen an, die im Europäischen Parlament Teil der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen sind – jener Gruppe, der unter anderem auch die Fratelli d'Italia von Giorgia Meloni angehört. Wie seine Politik im Alltag letztlich zu bewerten ist, wird sich erst in den kommenden Monaten zeigen.

Offene Fragen bei der Regierungsbildung in Slowenien und Dänemark

Bereits im März 2026 gab es Parlamentswahlen in Dänemark und Slowenien. Hier ist noch nicht geklärt, wie die dortigen Regierungen zusammengesetzt sein werden. In Dänemark führt nun jedenfalls der rechtsliberale Lund Poulsen die Gespräche zur Bildung einer neuen Regierung, nachdem die derzeit regierende sozialdemokratische Premierministerin Mette Frederiksen keine Einigung erreichen konnte.

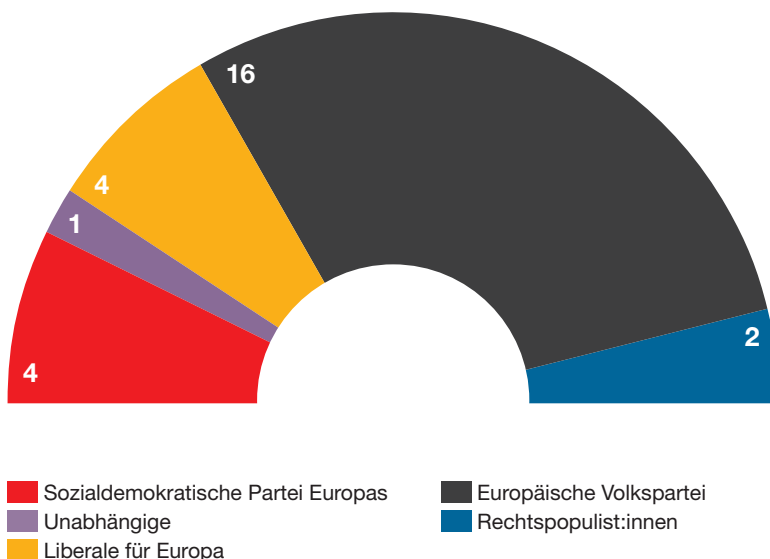
In Slowenien wurde Janez Janša im Mai 2026 zum Premierminister gewählt. Janša ist rechtspopulistisch, steht dem Orbán-Lager nahe und ist ein Fan von US-Präsidenten Trump. Er führt nun eine rechte Minderheitsregierung an. Janša war bereits bis 2022 Regierungschef und fiel damals mit Angriffen auf unabhängige Medien, Zivilorganisationen und Gewerkschaften auf.⁵ Die bislang liberal-soziale Koalition hat nach den Wahlen keine Mehrheit mehr.⁶

Die aktuellen Kräfteverhältnisse im Rat

Nach dem Regierungswechsel in Ungarn im April 2026 sowie der Bildung der neuen Regierung in Bulgarien werden im Europäischen Rat insgesamt 14 Staats- und Regierungschef:innen der Europäischen Volkspartei (EVP) angehören. Zudem zählen fünf Regierungschef:innen zu populistischen beziehungsweise nationalistischen Parteien. Die Liberalen stellen drei, die Sozialdemokrat:innen (SPE) vier Regierungschef:innen. Im Falle Dänemarks ist der Ausgang der Regierungsverhandlungen nach den Wahlen im März 2026 derzeit noch offen.⁷

Die 27 EU-Kommissar:innen und ihre Zugehörigkeit zu politischen Parteien

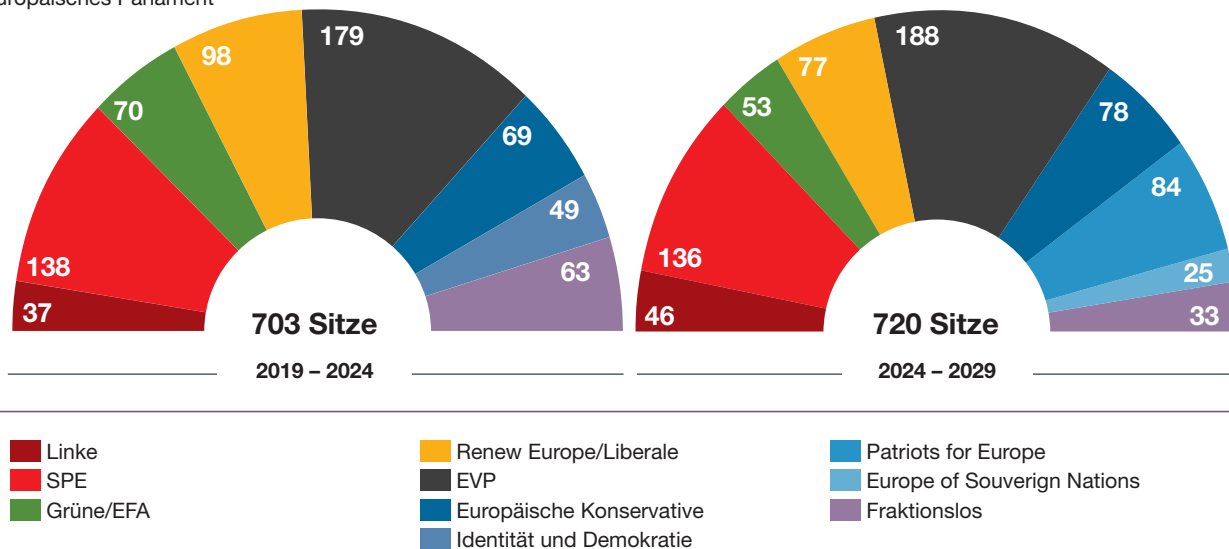
Quelle: Eigene Darstellung



Auch wenn die Europäische Volkspartei auf Ratsebene klar dominiert, zeigt sich bei einem näheren Blick auf die Koalition

Zusammensetzung des EU Parlaments

Quelle: Europäisches Parlament



Die klaren konservativ-populistisch dominierten Machtverhältnisse führen zu einer rein auf Unternehmenswünschen ausgerichteten EU-Politik.

nen in den einzelnen EU-Mitgliedsländern, dass mehrere politische Gruppierungen im Vergleich zu 2017 (auf Fachminister:innen-Ebene) weiterhin gut repräsentiert sind. So sind neben der EVP insbesondere die Liberalen und die Sozialdemokrat:innen stark vertreten, während die Rechtspopulist:innen nicht zugelegt haben. Die Grünen sind per 2026 in keiner einzigen Regierung mehr vertreten.

Klare Kräfteverhältnisse auch im EU-Parlament und in der EU-Kommission

Die Europäische Volkspartei ist derzeit in allen drei EU-Institutionen tonangebend, hat in der Europäischen Kommission eine absolute Mehrheit und dominiert auch im Europäischen Parlament.⁸

Wenig überraschend haben die deutlichen Machtverhältnisse auf EU-Ebene auch Auswirkungen im politischen Alltag: Seit den EU-Wahlen 2024 orientiert sich Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zunehmend an den Interessen großer Unternehmenslobbys, während das Gemeinwohl offenbar stärker in den Hintergrund rückt.

Im Mittelpunkt steht derzeit vor allem die Deregulierungspolitik. Ziel ist es, zahlreiche EU-Gesetze – darunter auch Regelungen, die erst in der vergangenen Legislaturperiode beschlossen wurden – im Sinne von Unternehmen abzuschwächen oder ganz abzuschaffen. Dafür nutzt die Kommission sogenannte Omnibus-Verfahren, bei denen mehrere Gesetzesvorhaben gebündelt und gemeinsam behandelt werden. Trotz Kritik von Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen dürften die Verhandlungen ohne größere Verzögerungen fortgesetzt werden.

Auch außerhalb dieser Verfahren setzt die Kommission weiterhin zentrale Anliegen der Wirtschaftslobby um, etwa mit dem geplanten sogenannten „28. Regime“. Dieses neue EU-Rechtsinstrument könnte Unternehmenspflichten weiter abbauen und zugleich Möglichkeiten schaffen, arbeitsrechtliche Standards zu umgehen.

Superwahljahr 2027 könnte erhebliche Änderungen im Rat bringen

Kommendes Jahr stehen in den großen EU-Mitgliedsländern Frankreich, Spanien,

Geänderte Machtverhältnisse: Nationale Wahlen stärken EU-Wirtschaftslobby

Italien und Polen Wahlen an, die zu erheblichen Änderungen in der Zusammensetzung des Rats führen könnten. Ob der Trend konservative bis rechtspopulistische Kräfte weiter stärken wird, ist noch nicht abschätzbar. Im Europäischen Parlament und in der

EU-Kommission sind die nächsten Änderungen in der politischen Zusammensetzung erst mit den EU-Wahlen 2029 zu erwarten.

Frank Ey, AK Wien
frank.ey@akwien.at

- 1 <https://www.diepresse.com/20762322/17-milliarden-euro-liegen-in-bruessel-bereit-fuer-ungarn-unter-peter#slide-1-1>, abgerufen am 13. Mai 2026
- 2 Wahlsieg von Péter Magyar: Für die EU bleibt Ungarn ein schwieriges Mitglied - Politik - SZ.de, abgerufen am 15. Mai 2026
- 3 <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/wahl-bulgarien-104.html>, abgerufen am 13. Mai 2026
- 4 Radew zum neuen Ministerpräsidenten in Bulgarien ernannt | tagesschau.de, abgerufen am 15. Mai 2026
- 5 Janša erneut zum Regierungschef gewählt | tagesschau.de, abgerufen am 26. Mai 2026
- 6 <https://www.profil.at/dasfruehstueck/das-fruehstueck-slowenien-regierungsbildung-rechtspopulismus-fpoe/403154948>, abgerufen am 13. Mai 2026
- 7 Der dänische König beauftragt die geschäftsführende Ministerpräsidentin erneut mit der Regierungsbildung | Euractiv DE , abgerufen am 26. Mai 2026
- 8 https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC05712646_2024_3/, abgerufen am 15. Mai 2026



infobrief eu & international: EUROPA UND INTERNATIONALES IN KRITISCHER UND SOZIALER PERSPEKTIVE

Der Infobrief EU & Internationales erscheint 4x jährlich im digitalen Format und liefert eine kritische Analyse der Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene. Die Zeitschrift der Abteilung EU & Internationales der AK-Wien fokussiert dabei Themen an der Schnittstelle von Politik, Recht und Ökonomie. Anspruch ist nicht nur die Prozesse in den europäischen Institutionen zu beschreiben, sondern auch Ansätze zur Überwindung des Neoliberalismus zu entwickeln. Kurze Artikel informieren in prägnanter Form über aktuelle Themen. Langbeiträge geben den Raum für grundlegende Analysen, Buchbesprechungen bieten eine kritische Übersicht einschlägiger Publikationen.

BESTELLEN!

Hier können Sie den EU-Infobrief kostenlos bestellen.





BESTELLEN!

Unter
https://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/eu/infobrief/EU_Infobrief.html

können Sie den EU-Infobrief
kostenlos bestellen.

infobrief eu & international: EUROPA UND INTERNATIONALES IN KRITISCHER UND SOZIALER PERSPEKTIVE

Der EU-Infobrief erscheint 4x jährlich im digitalen Format und liefert eine kritische Analyse der Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene.

Die Zeitschrift der Abteilung EU & Internationales der AK-Wien fokussiert dabei Themen an der Schnittstelle von Politik, Recht und Ökonomie. Anspruch ist nicht nur die Prozesse in den europäischen Institutionen zu beschreiben, sondern auch Ansätze zur Überwindung des Neoliberalismus zu entwickeln. Kurze Artikel informieren in prägnanter Form über aktuelle Themen. Langbeiträge geben den Raum für grundlegende Analysen, Buchbesprechungen bieten eine kritische Übersicht einschlägiger Publikationen.

